

Subject: AW: Brgerkarte in der Vertrauenskrise  
Date sent: Wed, 22 Mar 2006 13:37:59 +0100  
From: "Cap Josef" <Josef.Cap@spoe.at>  
To: <info@argedaten.at>

Sehr geehrter Herr Zeger!

Ich bestätige gerne den Empfang Ihres Mails vom 21.3.2006. Die von Ihnen dargestellte Problematik des e-government-Gesetzes hat die Sozialdemokratische Parlamentsfraktion bereits bei den Beratungen des Gesetzes erkannt und darauf hingewiesen. Neben der Kompliziertheit der Materie wurde genau die

Problematik der Umstellung aller e-government-online-Dienste bis zum Jahr 2008 auf dem Bürgerkartenzugang besonders herausgearbeitet.

Obwohl unsere Schätzungen schon damals äußerst pessimistisch waren, was die Inanspruchnahme von Bürgerkarten betrifft, wurden wir durch die Realität tatsächlich noch überholt.

Die SPÖ wird natürlich, so sie Regierungsverantwortung durch die WählerInnen übertragen bekommt, umgehend eine Reparatur des misslungenen Gesetzes in Angriff nehmen. Zu Ihrer Information darf ich noch den ersten Teil der Rede des SPÖ-Erstredners Dr. Peter Wittmann in der 2. Lesung am 29.1.2004 anführen:

Abgeordneter Dr. Peter Wittmann (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Hohes Haus! An sich ist dieses E-Government-Gesetz in der Zielsetzung ein richtiges Gesetz. Es besteht Grundkonsens darüber, dass man ein derartiges Gesetz möglichst rasch, weit reichend und schnell einführen soll.

Es ist daher schade, dass man auf die wirklich sehr fundierten Einwendungen der Experten bei einem langen Hearing hier im Parlament nicht Bedacht genommen hat, die entsprechenden Bedenken und Empfehlungen nicht ernst genommen hat und nicht versucht hat, diese einzubauen. - Ich möchte nur diese Hauptbedenken hier wiedergeben.

Eines der grundlegendsten Bedenken betreffend dieses Gesetz ist, dass es vollkommen unleserlich ist und daher Akzeptanz beim Einzelnen dementsprechend schwer zu finden sein wird. Es ist nicht einmal mehr für Rechtsexperten leserlich, weil es eine Materie umfasst, die juristisch nur schwer fassbar ist, weil sie überwiegend technisch zu interpretieren ist. Die Regelung, die in diesem Gesetz formuliert ist, ist daher zu kompliziert, weil die Annahme einer derartigen Regelung davon abhängt, wie einfach der Zugang

Man hätte das wesentlich einfacher machen können: Man hätte ganz einfach mit dem bisher vorhandenen Gesetz betreffend die elektronische Signatur weiterarbeiten können. Man hat eine funktionierende Lösung beim Finanzministerium. Diese funktionierende Lösung wird nun aber nach fünf Jahren beziehungsweise bis 2008 in diese komplizierte Regelung überzuführen sein.

Mit den besten Grüßen

Dr. Josef Cap  
gf. Klubobmann

SPÖ-Klub  
Parlament, 1017 Wien

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: ARGE DATEN NEWS SERVICE [mailto:info@argedaten.at]

Gesendet: Dienstag, 21. März 2006 09:02

An: Cap Josef

Betreff: Brgerkarte in der Vertrauenskrise

Sehr geehrte Abgeordnete!

Sehr geehrter Abgeordneter!

Ich darf Ihnen untenstehenden Artikel zum Thema E-Government und Bürgerkarte zur Kenntnis bringen und Sie um Stellungnahme ersuchen. Wie im Artikel leicht erkennbar und es Ihnen auch E-Government-Verantwortliche bestätigen werden können, wird der Einsatz der komplizierten Bürgerkartentechnik von der Bevölkerung massiv abgelehnt. Es gibt nur sehr wenige E-Government-Anwendungen, die tatsächlich mit der "Bürgerkarte" genutzt werden könnten. Diese Anwendungen wiederum nutzen nur ganz wenige Personen tatsächlich mittels Bürgerkarte.

Ein vollständige Umstellung aller E-Government-Online-Dienste bis zum Jahr 2008 auf Bürgerkartenzugang ist völlig aussichtslos. Diese Umstellung ist jedoch im E-Government-Gesetz vorgeschrieben. Damit besteht die Gefahr, dass entweder eine Reihe von Behörden-Online-Portalen stillgelegt werden müssen oder weite Teile der österreichischen Bevölkerung vom Onlinezugang zu Behörden und Behördeninformationen ausgeschlossen werden. Dies wäre auch ein gewaltiger Rückschritt in den Bemühungen Österreichs eine Spitzenposition im E-Governmentbereich innerhalb der EU zu erreichen.

Welche Maßnahmen werden Sie setzen, damit sichergestellt wird, dass alle bisher ohne Bürgerkarte funktionierenden E-Governmentdienste auch nach 2008 ohne Bürgerkarte genutzt werden können?

Mit vorzüglicher Hochachtung

Hans G. Zeger, Obmann ARGE DATEN

-----  
Bürgerkarte in der Vertrauenskrise

Seit zwei Jahren besteht E-Government-Gesetz - Bürgerkarte von Bevölkerung nicht akzeptiert - zu kompliziert, zu fehleranfällig, zu teuer - Jubelstimmung von 2003 ist weg - IT-Experten kehren nach vielen Stunden Lehrgeld zum bewährten Passwort-Login zurück - Politiker denken an Ausstieg

Weniger als 1% der E-Governmentangebote werden mit Bürgerkarte abgewickelt

Nach zwei Jahren E-Government-Gesetz macht sich Ernüchterung breit. Wenige Anwendungen entsprechen dem Bürgerkarten-"Standard", noch weniger werden tatsächlich genutzt. Alle Anwendungen müssen parallel zum klassischen Passwort-Verfahren als Identifikationsmethode und auch mit dem Bürgerkarten-System betrieben werden. Eine teure Spielwiese, die die Behördenportale komplizierter und damit fehleranfälliger macht.

Wobei der Begriff "Bürgerkarte" selbst eine Irreführung ist. Handelt es sich bloß um eine Sammlung von Schnittstellen und Softwaremodulen, die noch längst nicht fertiggestellt ist, geschweige denn ausgereift ist. Laufend müssen neue Flicker (Patches) beigelegt werden, um

spezifische Behörden-Anforderungen abzudecken.

Drittes Scheitern von Signaturlösungen?

Nach dem Absturz der Bankomatsignatur und der Nun-doch-nicht-Pleite des Zertifizierungsanbieters A-TRUST droht der Signaturidee eine neuerliche Pleite. Das Bürgerkartenkonzept wird weder von Bürgern, noch von Unternehmen akzeptiert.

100%-Umsetzung für 2008 aussichtslos  
Laut E-Government-Gesetz wird verlangt, dass alle Onlinedienste der Behörden ab 1.1.2008 ausschließlich mittels Bürgerkarte zugänglich sind. Alle bisherigen bewährten Lösungen, Finanz Online, Grundbuchabfragen, Firmenbuchabfragen, Gewerbebeanmeldungen dürfen dann nicht mehr verwendet werden. Angesichts der bisherigen Verbreitung der Bürgerkartenlösung und der hohen Fehleranfälligkeit eine Horrorvision. Schlagartig würde der Staat der Mehrheit der Bürger keinen bequemen Onlinezugang mehr gewähren.

Zu kompliziert, zu fehleranfällig, zu teuer

Wenige wagemutige IT-Enthusiasten haben es bisher gewagt, sich eine Chipkarte mit Bürgerkarten-Funktionalität, so der offizielle Ausdruck, zuzulegen.  
Maximal 2-3 Promille der Österreicher haben sich bisher in den Bürgerkartendungel begeben.

Nach stundenlangen Installationsversuchen, oft mit dramatischen Eingriffen in das Sicherheitssystem des eigenen Computers, wird genervt doch zum klassischen Passwortverfahren zurückgegangen. Noch ist dies möglich, weil beide Lösungen parallel angeboten werden.

Aber auch Behörden haben schon angekündigt, sobald die Bürgerkarte Pflicht wird, auf Online-Anträge zu verzichten und wieder auf Fax, Brief und persönliches Erscheinen zurückzukehren. Zu hoch sind die Ängste vor dem unkalkulierbaren Supportaufwand.

Selbst versierte IT-Experten schafften es in mehreren Anläufen nicht eine simple pdf-Rechnung mittels Bürgerkarte zu unterschreiben.

Unternehmen und Privatpersonen sollten die Finger davon lassen

Für Unternehmen ist das Bürgerkartenkonzept grundsätzlich nicht geeignet. Durch die strikte Personenbindung wird die Realität des Unternehmeralltags gelehnt. Auch wenn viele Tätigkeiten formell bestimmten Personen zugeordnet sind, werden Teilschritte laufend und meist ad hoc delegiert. Hat etwa der Geschäftsführer einen Onlinezugang zum Grundbuch, wird er eine Abfrage über einen Lieferanten oftmals dem einen oder anderen Assistenten übertragen.

Gleiches wird bei der Steuererklärung sein. Der Chefbuchhalter wird vielleicht bei Finanz-Online registriert sein, eine kurze Abfrage wird aber oft eine vertrauenswürdige Assistentin durchführen. Was heute sinnvolle Betriebspraxis ist, wäre mit der Bürgerkartenlösung ein kriminelles Delikt.

Zur legalen Abwicklung müssten jeweils komplizierte

Vertretungsvollmachten elektronisch ausgestellt und hinterlegt werden. Aus einer 10-Sekunden-Abfrage würde ein kompliziertes Vertretungsproblem.

Entstanden sind derartige wirtschaftsfremde Lösungen, weil sie ausschließlich von einigen Universitätsangehörigen in Verbindung mit Beamten entwickelt wurden.

Privatpersonen wird ein immer größerer Teil an der technischen Infrastruktur und Verantwortung bei den Behördenwegen übertragen. Würden alle Sicherheitsempfehlungen und -vorschriften befolgt, müssten mehrere Stunden wöchentlich in die Computerwartung gesteckt werden. Bei vielleicht 1-3 bürgerkart enrelevanten Amtsgängen pro Jahr. Und Hand aufs Herz, wer ist schon daran interessiert seinen Strafbescheid wegen Falschparken ein paar Tage schneller zu bekommen.

Hohe Kosten, starke Eingriffe in die Privatsphäre

Das System verursacht hohe Kosten, wobei die meisten Kosten als versteckter Aufwand der Bürger in Anschaffung und Wartung ihrer privaten Computerinfrastruktur fallen. Gleichzeitig bringt es massive Grundrechtseingriffe.

Mit einem komplizierten Kennzeichensystem ist es erstmals möglich Daten aller Behördenbereiche automatisiert zusammen zu führen. Mit einer gewaltigen Portion Orwellscher NewSpeak wird dieser Angriff auf die Privatsphäre verschleiert.

Es werden zwar für die verschiedensten Bereiche unterschiedliche Nummern vergeben, doch die Erzeugung ist so gestaltet, dass diese Nummern bei Bedarf jederzeit wieder zusammengeführt werden können. Andere Länder nennen das Personenkennzeichen, in Österreich heißt es bereichsspezifisches Kennzeichen.

Wann werden die Daten zusammengeführt und weitergegeben? Bei der Volkszählung etwa. Wenn Gesetze es vorsehen. Aber auch bei jedem Amtshilfeersuchen. Und bei einer Rasterfahndung. Eine einfache Mehrheit im Parlament erlaubt den gläsernen Bürger auf Knopfdruck.

Ist das Bürgerkartensystem wenigstens sicher?

Sicherheit hat seinen Preis, werden viele meinen. Leider trifft das nicht zu.

Der Signaturvorgang mag sicher sein. Zumindest für das nächste halbe Jahr.

Neue mathematische Verfahren könnten das System von einem Tag auf den anderen kippen, dann stünde die gesamte österreichische Verwaltung schutzlos da.

Aber auch ohne diesen SuperGau gibt es erhebliche Sicherheits-Bedenken. Alle wesentlichen Vorgänge, wie Dokumente erstellen, Formulare ausfüllen, finden auf sehr unsicheren Computersystemen statt. Mittels Trojaner und Würmer ist es sehr leicht geworden, den Bürgern verfälschte Dokumente unter zu jubeln.

Unabsehbare Auswirkungen

Kosteten bisher erfolgreiche Phishing-Attacken "nur" Geld, können

erfolgreiche Attacken gegen das Bürgerkartensystem die Existenz ganzer Familien bedrohen. Aufenthaltsbewilligungen könnten verloren gehen, Pensions- und Pflegegeldansprüche, Schadenersatzansprüche, Anraineransprüche usw.

Der einzelne Bürger müsste dann jeweils ein Versagen der behördlichen Technik nachweisen, ein Nachweis, der nicht einmal bei simplen Datenschutzverletzungen gelingt.

Jubelstimmung weicht Ernüchterung

Noch 2003 schwärmten prominente Promotoren, wie Professor Posch von der WIN-WIN-Situation der Bürgerkartenlösung. Heute dürfte eher LOSS-LOSS zutreffen. Verlierer sind die Bürger, weil statt mit einfachen Behörden-Lösungen sie sich mit unausgereifter Technik beschäftigen müssen.

Risiken im Amtsverkehr, fristgerechtes Einlangen von Beschwerden, Vollständigkeit der Angaben würden dramatisch auf den Bürger abgewälzt, die Situation ist mit der unbefriedigenden Telebanking-Situation vergleichbar.

Aber auch die Verwaltung zählt zu den LOSERN, die komplizierte Technik, die auch kleinste Online-Lösungen über denselben Leisten brechen will, werden aufgebläht und erfordert Unsummen von Haushaltsmitteln. Mittel, die dann bei der tatsächlichen Bürgerbetreuung fehlen.

Politiker beginnen Ausstiegsszenarien durchzudenken

Politiker aller Couleurs suchen schon jetzt Ausstiegsszenarien aus diesem technikfixierten System. Die vernünftigste Lösung, das Bürgerkartenprojekt als gescheitert anzusehen und allen Behörden frei zu stellen, wie sie den Kontakt mit den Bürgern organisieren, wagen noch nicht viele anzudenken.

So wird es wohl auf eine österreichische Lösung hinauslaufen. Die verpflichtende Verwendung der Bürgerkarte wird um fünf Jahre verschoben, dann wieder um fünf usw. Die e-Card hat es auf diesem Weg immerhin zu 17 Jahren Einführungszeit und vielen hundert Millionen EURO stranded Investments gebracht.

mehr Online -->

[http://www2.argedaten.at/php/cms\\_monitor.php?q=PUB-TEXT-ARGEDATEN&s=64838bqc](http://www2.argedaten.at/php/cms_monitor.php?q=PUB-TEXT-ARGEDATEN&s=64838bqc)

mehr -->

[http://www2.argedaten.at/php/cms\\_monitor.php?q=PUB-TEXT-ARGEDATEN&s=36543wvq](http://www2.argedaten.at/php/cms_monitor.php?q=PUB-TEXT-ARGEDATEN&s=36543wvq)

Archiv -->

[http://www2.argedaten.at/php/cms\\_monitor.php?q=PUB-TEXT-ARGEDATEN&s=19155vdt](http://www2.argedaten.at/php/cms_monitor.php?q=PUB-TEXT-ARGEDATEN&s=19155vdt)

[http://www2.argedaten.at/php/cms\\_monitor.php?q=PUB-TEXT-ARGEDATEN&s=47431tvh](http://www2.argedaten.at/php/cms_monitor.php?q=PUB-TEXT-ARGEDATEN&s=47431tvh)

[http://www2.argedaten.at/php/cms\\_monitor.php?q=PUB-TEXT-ARGEDATEN&s=83084btv](http://www2.argedaten.at/php/cms_monitor.php?q=PUB-TEXT-ARGEDATEN&s=83084btv)

<ftp://ftp.freenet.at/beh/e-GovG.rtf>

artikel - redaktionell/public (2006/03/20-9999/99/99) powered by e-CMS

-----  
-

Informationsdienst:

[https://secure.argedaten.at/AD\\_info\\_anfordern.html](https://secure.argedaten.at/AD_info_anfordern.html)

Antrag Mitgliedschaft:

[https://secure.argedaten.at/AD\\_mitgliedsantrag.html](https://secure.argedaten.at/AD_mitgliedsantrag.html)

Info abbestellen: [https://secure.argedaten.at/AD\\_loeschung\\_mail.html](https://secure.argedaten.at/AD_loeschung_mail.html)

Mailadresse ändern: [https://secure.argedaten.at/AD\\_wartung\\_mail.html](https://secure.argedaten.at/AD_wartung_mail.html)

Freies Dokumentenservice: <ftp://ftp.freenet.at> Die wichtigsten Fragen zum Datenschutz: <http://www.argedaten.at/faq-ds.html>

-----  
-

ARGE DATEN - Österreichische Gesellschaft für Datenschutz A-1160

Wien, Redtenbacherg. 20 fon (+43)(0)676 9107032 fax (+43)(0)1 4803209

[info@argedaten.at](mailto:info@argedaten.at) <http://www.argedaten.at>

-----  
-

Jetzt vormerken - Datenschutz Grundlagen 29. März 2006

<http://seminar.argedaten.at/anmeldung.html>